

Food & Drink

Newsletter – EU, Österreich, Deutschland, Schweiz

03/2012

- 1 Einschränkung gesundheitsbezogener Angaben ab Dezember 2012
- 1 Health Claims - Schonfrist bald vorbei
- 1 Liberalisierung der Wein-Auspflanzrechte?
- 2 Health Claims – Klarstellung Inverkehrbringen von ungenießbarem Fleisch Neues Verbraucher-informationsgesetz (VIG) tritt am 01.09.2012 in Kraft
- 3 LG Düsseldorf hält Verkauf von Kapseln für Nespresso-Maschinen auch ohne Lizenz für zulässig
OLG Hamm untersagt Bezeichnung „Energy & Vodka“ für Vodka-Mischgetränk
OLG Köln bejaht Einbeziehung von Gratiszugaben bei Angabe des Grundpreises
- 4 Kein „Internet-Pranger“ für Lebensmittel in der Schweiz
CH/EU / Revision der Spielzeugverordnung (VSS)
- 5 Team Food & Drink

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

Mag. Alexander Stoltzka
Managing Partner
+43 (1) 51620 150
a.stoltzka@eversheds.at

www.eversheds.at

Europäische Union

Einschränkung gesundheitsbezogener Angaben ab Dezember 2012

Gesundheitsbezogene Angaben im Sinne der Health-Claims-Verordnung (VO (EG) 1924/2006) dürfen ab Dezember 2012 nur noch gemacht werden, wenn ihre Wirkaussagen wissenschaftlich abgesichert sind. Damit dürfen EU-weit nur noch die von der EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) bewerteten und von der Europäischen Kommission zugelassenen „Claims“ verwendet werden, mit Ausnahme einiger weniger gesundheitsbezogener Angaben, die bislang noch nicht abschließend geprüft wurden. Die Liste der zugelassenen gesundheitsbezogenen Angaben wurde bereits im Mai 2012 von der Kommission genehmigt und daraufhin im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Andere gesundheitsbezogene Angaben sind ab Anfang Dezember 2012 verboten.

Health Claims - Schonfrist bald vorbei

Mit der sogenannten Health Claims Verordnung (EU) Nr. 432/2012 wurde am 25.05.2012 eine abschließende Liste mit 222 zulässigen gesundheitsbezogenen Angaben zu Lebensmitteln veröffentlicht (Anwendungsbereich dieser Verordnung ist die kommerzielle Kennzeichnung, Aufmachung und Werbeaussagen von/zu Lebensmitteln).

Zum Abverkauf der vorhandenen Lagerbestände wurde dem Lebensmittelhandel eine Frist von lediglich 6 Monaten gewährt. Diese Schonfrist endet jedoch bald. Unternehmen haben nur mehr bis 14.12.2012 Zeit, die nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben auf ihren Produkten anzupassen oder die Lebensmittel abzuverkaufen. Ab dann dürfen nur mehr verordnungskonform gekennzeichnete Produkte mit den genehmigten Aussagen (Claims) im Handel sein.

Eine Ausnahme besteht für sogenannte „pending claims/on hold“. Das sind Aussagen, für die noch keine endgültige Beurteilung über die Zulässigkeit der Verwendung vorliegt. Diese befinden sich momentan in der „Warteschleife“ und dürfen bis zur Entscheidung über ihre Zulässigkeit weiterverwendet werden.

Zu beachten ist jedenfalls: Ab dem 14.12.2012 dürfen keine Produkte mehr im Handel sein, die andere als die genehmigten oder noch nicht beurteilten Claims enthalten.

Liberalisierung der Wein-Auspflanzrechte?

Um traditionelle Produktionsgebiete zu erhalten und ein Überangebot zu vermeiden, wurden in den 70iger Jahren Beschränkungen der Wein-Auspflanzungsrechte eingeführt. Die von Seiten der Europäischen Union ursprünglich geforderte bzw. vorgeschlagene gänzliche Abschaffung dieser Beschränkung der Auspflanzungen und damit verbunden die gänzliche Liberalisierung des europäischen Weinmarktes wird von den meisten Mitgliedstaaten jedoch vehement abgelehnt.

Nach langem Ringen scheint nun jedoch ein Kompromiss gefunden zu sein. Rebpfanzungen von Qualitätsweinen mit geschützter Ursprungsangabe bzw. geographischer Bezeichnung sollen demnach von den Erzeugerorganisationen selbst verwaltet werden können. Für Rebpfanzungen bzw. Weine ohne geschützte Angabe sollen die Auspfanzungsbeschränkungen hingegen abgeschafft werden.

Österreich

Health Claims – Klarstellung

Mit Orientierungserlass des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) vom 12.07.2012 wurden unter anderen folgende Klarstellungen getroffen:

- Die Health Claims Verordnung ist auch auf allgemeine Werbeaussagen bzw. Werbekampagnen anzuwenden.
- Für allgemeine Bezeichnungen, die traditionell Eigenschaften angeben, die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben könnten (beispielsweise „Hustenbonbons“) sind von der Europäischen Kommission eigene Verfahrensregeln aufzustellen. Bis zu deren Erstellung ist davon auszugehen, dass die relevante Bestimmung der Health Claims Verordnung nicht anzuwenden ist.
- Angaben, die einen diätetischen Zweck betreffen, sind nach Ansicht des BMG nicht von der Verordnung erfasst.

Inverkehrbringen von ungenießbarem Fleisch

Gemäß § 90 Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz begeht eine Verwaltungsübertretung, wer für den menschlichen Verzehr ungeeignete Lebensmittel in den Verkehr bringt. Da das Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz diesbezüglich weder ein besonderes Verschulden, noch den Eintritt eines Schadens oder einer Gefahr verlangt, genügt für die Strafbarkeit schon leicht fahrlässiges Verhalten.

Insbesondere für Fleischwaren verlangt der österreichische Verwaltungsgerichtshof eine besondere Kontrolle bevor sie auf den Markt gebracht werden. Bei der diesbezüglichen Beurteilung reicht es jedenfalls nicht aus, sich auf das Aussehen und den Geruch zu verlassen. Neben bakteriologischen Untersuchungen sind zur Kontrolle der Unbedenklichkeit von Fleisch eine Reihe weiterer zumutbarer Maßnahmen denkbar, wie sie zum Teil in den lebensmittelrechtlichen Vorschriften auch vorgesehen sind.

Deutschland

Neues Verbraucherinformationsgesetz (VIG) tritt am 01.09.2012 in Kraft

Am 01.09.2012 ist das novellierte und umstrittene Verbraucherinformationsgesetz in Kraft getreten. Es soll in erster Linie Behörden und Bürgern die Möglichkeit geben, schneller und umfassender Informationen über ein Lebensmittel (oder ein anderes Produkt, welches vom Anwendungsbereich erfasst ist, wie etwa Bedarfsgegenstände oder Verbraucherprodukte) zu erhalten. Die bürokratischen Hürden werden gesenkt; so sind zum Beispiel künftig auch Anfragen per Telefon oder E-Mail möglich. Anhörungen des betroffenen Lebensmittelunternehmens können ebenfalls kurzfristig durchgeführt werden oder gar, in Fällen von Rechtsverletzungen, ganz entfallen. Auch amtliche Kontrollergebnisse können von nun an einfacher veröffentlicht werden. Handelt es sich um Kontrollen zu Grenzwerten, Höchstmengen oder Höchstgehalten, darf die Herausgabe der Kontrollergebnisse nicht verweigert werden, unabhängig davon, ob diese Werte überschritten sind oder nicht. Zugleich gilt, dass die gesamte Lieferkette offenbart werden muss, wenn ein Verstoß vorliegt, was bedeutet,

dass mitunter Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse offenbart werden müssen. Mit dem Gesetz soll mehr Transparenz geschaffen werden.

LG Düsseldorf hält Verkauf von Kapseln für Nespresso-Maschinen auch ohne Lizenz für zulässig

In zwei Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes hat das LG Düsseldorf entschieden, dass KaffEEKapseln für Nespresso-Maschinen auch weiterhin in Deutschland uneingeschränkt verkauft werden dürfen, selbst wenn die Kapseln ohne Lizenz der Nestec S.A. hergestellt wurden; die Nestec S.A. ist Inhaberin eines Patents über eine Vorrichtung zum Extrahieren von KaffEEKapseln, das in Nespresso-Maschinen zur Anwendung kommt. Gemeinsam mit ihren Lizenznehmern produziert die Nestec S.A. entsprechende Nespresso-Maschinen sowie die dazugehörigen Originalkapseln. Die Antragsgegnerinnen verkaufen deutlich günstigere KaffEEKapseln, die mit dem Zusatz „geeignet für Nespresso-Maschinen“ versehen sind. Das LG Düsseldorf hat sich auf die Seite der Verbraucher geschlagen und argumentiert unter anderem, dass die Käufer von Nespresso-Maschinen nicht davon ausgingen, diese nur mit den Originalkapseln betreiben zu können. Vielmehr werde der Verbraucher durch den Erwerb der patentierten Nespresso-Maschine dazu berechtigt, diese bestimmungsgemäß zu gebrauchen, was auch die Nutzung von Kapseln anderer Hersteller beinhalte; damit scheide eine Patentverletzung aus.

OLG Hamm untersagt Bezeichnung „Energy & Vodka“ für Vodka-Mischgetränk

Unter Abänderung des erstinstanzlichen Urteils hat das OLG Hamm entschieden, dass ein Vodka-Mischgetränk mit einem Volumenalkoholgehalt von 10% nicht unter der Bezeichnung „Energy & Vodka“ vertrieben werden darf. Das streitgegenständliche Produkt bestand zu 26,7% aus „Three Sixty Vodka“ und zu 73,3% aus dem koffeinhaltigen Erfrischungsgetränk „effect“. Das Gericht begründet sein Verbot mit einem Verstoß des Produkts gegen die Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben (Health-Claims-VO). Nach Ansicht des Gerichts stellt die Bezeichnung „Energy“ eine nährwertbezogene Angabe dar, da sie eine anregende, stimulierende Wirkung auf den Organismus des Konsumenten verspreche; ein Verbraucher erwarte durch den Konsum des Getränks Energie, Kraft, Tatkraft und Leistungsvermögen. Nährwertbezogene Angaben sind jedoch bei Getränken mit einem Alkoholgehalt von über 1,2% Vol. grundsätzlich verboten.

OLG Köln bejaht Einbeziehung von Gratiszugaben bei Angabe des Grundpreises

Nach Ansicht des OLG Köln ist der beim Verkauf an den Endverbraucher anzugebende Grundpreis aus der Gesamtmenge der abgegebenen Ware einschließlich etwaiger Gratiszugaben zu berechnen. Im Streitfall hatte eine Handelskette Getränkeboxen mit 12 Literflaschen u.a. mit dem Zusatz „2 Flaschen GRATIS beim Kauf eines Kastens“ beworben. Der Grundpreis wurde mit EUR 0,57 angegeben, was rechnerisch dem Preis des Kastens geteilt durch 14 Liter entsprach. Eine Verbraucherzentrale sah dies als irreführend an; ihrer Ansicht nach hätte der Grundpreis sich nur auf 12 Liter beziehen dürfen, was zu einem Grundpreis von EUR 0,67 geführt hätte. Die Gratiszugabe hingegen hätte keinen Preis und damit auch keinen Grundpreis. Dieser Argumentation schloss sich das OLG Köln (entgegen dem Landgericht) nicht an. Vielmehr solle die gesetzliche Pflicht zur Angabe des Grundpreises pro Liter dem Verbraucher die leichte Vergleichbarkeit verschiedener Angebote mit unterschiedlichen Verpackungsgrößen ermöglichen; hierfür sei jedoch die Einbeziehung der Gratiszugaben erforderlich. Die Revision wurde zugelassen.

Schweiz

Kein „Internet-Pranger“ für Lebensmittel in der Schweiz

Im Newsletter vom Dezember 2011 haben wir über die euphorische Aufnahme des Internetportals www.lebensmittelklarheit.de durch die schweizerischen Konsumentenorganisationen berichtet, welche eine analoge Website auch in der Schweiz forderten. Wie das BAG am 24.09.2012 auf seiner Website mitteilt, haben die vor einem Jahr im Rahmen eines Vorprojektes eingeleiteten Abklärungen gezeigt, dass eine analoge, internetbasierte Konsumentenplattform in der Schweiz aus finanziellen und rechtlichen Gründen nicht umsetzbar ist. In der Arbeitsgruppe waren neben dem BAG auch Konsumentenschutzorganisationen, die Schweiz. Gesellschaft für Ernährung (SGE), das Eidgenössische Büro für Konsumentenfragen (BFK) sowie Verantwortliche der deutschen Website Lebensmittelklarheit.de vertreten. Das BAG setzt nun auf einen Ausbau der Konsumenteninformation auf seiner Website, mit umfassenden Erläuterungen zur Lebensmittelkennzeichnung.

CH/EU / Revision der Spielzeugverordnung (VSS)

Per 1. Oktober 2012 wurde eine umfassende Revision über die Sicherheit von Spielzeug in Kraft gesetzt (SR 817.044.1). Die Spielzeugverordnung lehnt sich eng an die entsprechende EU Richtlinie 2008/48/EG an. Die bisherige Spielzeugverordnung wird aufgehoben. Jedoch darf Spielzeug, das nach altem Recht eingeführt wurde, noch abverkauft werden. Die neue Verordnung regelt ausführlich die besonderen Sicherheitsanforderungen für Spielzeug, die Warnhinweise (mindestens in der Sprache des Verkaufsortes), die Haftung, sowie die Technischen Normen. Ein Hersteller von Spielzeug ist verpflichtet, eine Konformitätserklärung abzufassen und diese während 10 Jahren seit Inverkehrbringen des Spielzeugs aufzubewahren.

Team „Food & Drink“

Unsere Rechtsexperten aus Österreich, Deutschland und der Schweiz



Mag. Alexander Stoltzka

Managing Partner – Eversheds Österreich

Alexander Stoltzka betreut nationale und internationale Handels- und Industrieunternehmen aus dem Anlagen- und Konsumgüterbereich.

Tel: +43 1 51620 150

E-Mail: a.stoltzka@eversheds.at



Dr. Joos Hellert, LL.M.

Partner – Heisse Kursawe Eversheds, München

Joos Hellert hat sich auf Mandanten im Bereich Einzelhandel und Konsumgüterindustrie spezialisiert. Vor seinem Eintritt bei Heisse Kursawe Eversheds war er als Head of Legal für Burger King in Zentraleuropa tätig und daher insbesondere auch für den Bereich des Lebensmittelrechts verantwortlich.

Tel: +49 89 545 65 185

E-Mail: joos.hellert@eversheds.de



Dr. Leonz Meyer, LL.M.

Managing Partner – Eversheds Schmid Mangeat, Zürich
Gründungspartner Schmid Rechtsanwälte

Anwaltliche Tätigkeit in Brüssel und London, langjähriger Partner bei einer der größten Schweizer Wirtschaftskanzleien, Verwaltungsrat verschiedener Schweizer Gesellschaften, Beiräte und Aufsichtsräte österreichischer Unternehmen.

Tel: +41 44 204 90 90

E-Mail: leonz.meyer@eversheds.ch

Diese Veröffentlichung hat den Stand November 2012. Die darin enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und ohne vorherige Beratung im Einzelfall nicht als Entscheidungsgrundlage geeignet. Insbesondere ersetzen sie keine rechtliche Beratung im Einzelfall. Für die Vollständigkeit und Richtigkeit der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen wird keine Haftung übernommen.

© Eversheds Österreich (Wien), Heisse Kursawe Eversheds Rechtsanwälte Partnerschaft (München), Eversheds Schweiz (Zürich)

Eversheds Österreich | Stoltzka & Partner Rechtsanwälte OG mit Sitz in Wien ist im Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien unter FN 279 030p 1 eingetragen.

Eversheds Österreich, Heisse Kursawe Eversheds und Eversheds Schweiz sind Mitglieder von Eversheds International Limited.